



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Familien und Soziales**

Sitzungsort : **Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Mittwoch, 22.11.2017**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **19:30 Uhr**

Vorsitz

Frau Hiltrud Krause

Teilnehmer

Herr Wolfgang Bovekamp

Frau Katja Hänsel

Frau Kerstin Horstmann

Herr Bastian Kirsch

Herr Hubert Kobrink

Herr Ludger Lücke

Herr Holger Post

Herr Peter Sonneborn

Frau Svea Stehmann

Herr Martin Wilke

Herr Michael Zimmersch

Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Herr Jan Christopher Bräutigam

Frau Mechthild Gröver

Frau Hannelore Rampelmann

Herr Jakob Schmid

sonstige

Frau Anja Radner

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Herr Uwe Opitz

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2017	
3. Sachbericht Asyl - Etatansatz unter 05.04.01 Vorlage: M 2017/500/3874	
4. Flüchtlingsbetreuung - Tätigkeitsbericht 2017 des Mütterzentrums Beckum e.V. Vorlage: M 2017/500/3875	
5. Sachbericht zur Familienförderung 05.01.05 – Förderung der Seniorenarbeit – Ehrenamtsförderung allgemein- 05.03.02 Vorlage: M 2017/500/3877	
6. Etatansätze 2018: Freiwillige Leistungen im Fachdienst Soziales, Familien und Senioren; Produkte 05.01.05 (Familienunterstützung) - 05.03.02 (Seniorenarbeit, Ehrenamtsförderung) - 05.04.01 (Asyl) - 05.04.03 (Integration, Zuschüsse an private Unternehmen) - Vorlage: B 2017/500/3876	
7. Verschiedenes	
7.1. Mitteilungen der Verwaltung	
7.2. Anfragen an die Verwaltung	

Frau Krause begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, Herrn Junker von der „Glocke“, Frau Radner von der Flüchtlingsbetreuung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, hier insbesondere als neuen Mitarbeiter Herrn Bräutigam, der als Nachfolger von Herrn Grahl im Fachdienst 500 tätig ist, sowie die anwesenden Bürger.

Als neue sachkundige Bürgerinnen werden Frau Katja Hänsel sowie Frau Kerstin Horstmann von Frau Krause vereidigt.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Beschluss: Frau Krause stellt fest, dass sich niemand für befangen erklärt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.03.2017

Beschluss: Der Sozialausschuss genehmigt bei zwei Stimmenthaltungen die Niederschrift vom 16.03.2017.

3. Sachbericht Asyl - Etatansatz unter 05.04.01 Vorlage: M 2017/500/3874

Der vorliegende Bericht bezieht sich in erster Linie auf wesentliche Veränderungen, die seit der Information in der Ratssitzung vom 10.7.2017 eingetreten sind, berichtet Frau Gröver (sh. Sitzungsvorlage).

- Überblick über die aktuelle Asylbewerbersituation – Entwicklung in 2017

Überblick Wohnsituation – Asyl

Stichtag	31.12.2016	28.02.2017	30.06.2017	15.10.2017
----------	------------	------------	------------	------------

Bewohner städtische Übergangwohnheime und städtisch angemietete Wohnungen

gesamt	455	426	416	393
im Leistungsbezug AsylbLG	381	317	259	260
anerkannte Personen (SGB II/ SGB XII)	74	109	144	133
Bewohner städtischer Übergangwohnheimen nach Ortsteilen				
Oelde-Kernstadt	248	240	245	233
Stromberg	91	79	76	75
Lette	34	24	24	22
Sünninghausen	35	35	35	26
Bewohner städtisch angemieteter Wohnungen				
	47	48	36	37

Entwicklungen im Asylleistungsbezug				
Stichtag	31.12.16	28.02.17	30.06.2017	15.10.2017
Personen im Leistungsbezug AsylbLG				
gesamt	381	317	259	260
Statusveränderungen im Kalenderjahr zum Stichtag				
neu zugewiesen	224	0	6	25
Aufenthaltstitel erhalten	69	17	91	95
abgelehnt*			102	107
geduldet (ausreisepflichtig)				21
abgeschoben	3			2
freiwillig ausgereist	10	6	7	9
in andere Kommune verzogen	10			2
von Amts wegen abgemeldet, weil Aufenthalt unbekannt	7	1	3	5
„untergetaucht“ nach Ausreisetermin			8	9
Arbeit aufgenommen	3	2	16	26

* Datenbasis nicht valide, Information über negative Entscheidung durch BAMF oder Verwaltungsgericht gehen Kommunen nicht direkt zu.

Die beiden vorstehenden Übersichten zeigen die Verschiebungen im Bereich Asyl mehr als deutlich auf:

- die Bewohnerzahl in den städtischen Unterkünften geht insgesamt zurück, bleibt aber auf relativ hohem Niveau
- rückläufig ist die Zahl der Leistungsbezieher im Asyl durch die erfolgten Anerkennungen in den Asylverfahren
- deutlich steigt dagegen die Zahl der anerkannten Personen, die in den Unterkünften untergebracht werden müssen, weil Wohnraum für sie auf dem Wohnungsmarkt in Oelde fehlt
- immer mehr Asylbewerber können eine Arbeit aufnehmen, weil sie inzwischen 15 Monate in Deutschland sind und damit einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt haben

aber:

- es steigt die Zahl der geduldeten Personen, d.h. der Personen, die dem Grunde nach ausreisepflichtig sind
- Angebote zur freiwilligen Ausreise werden nur in geringem Umfang angenommen
- Abschiebungen als letztes Mittel erfolgen bisher nur wenige.

2. Neuzuweisungen – Stand der Asylverfahren:

Nachdem die FlüAG-Zuweisungsquote (FlüchtlingsaufnahmeGesetz) Ende Juli auf rd. 84% gesunken war, wurden der Stadt Oelde im September und Oktober insgesamt 19 Personen als Asylbewerber neu zugewiesen. Das Ziel der Bezirksregierung, die Aufnahmequote auf rund 90% zu erhöhen, ist damit im Augenblick erfüllt. Prognosen über die weitere Entwicklung können zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben werden.

Im Rahmen der Wohnsitzzuweisungen erfüllt die Stadt Oelde die Aufnahmequote zu rd. 51%, das entspricht einem Aufnahmesoll von 130 Personen. Hier könnten bis zum Jahresende Zuweisungen aus den Landesunterkünften erfolgen. Auf diese Quote werden allerdings die Flüchtlinge angerechnet, die bereits im laufenden Asylverfahren Oelde zugewiesen und deshalb in Oelde untergebracht sind. „Reale“ Neuzuweisungen müssten zurzeit auf die freien Plätze in den städtischen Unterkünften verwiesen werden.

In den Asylverfahren aus 2015 bis Mitte 2016 sind in vielen Fällen Entscheidungen getroffen worden, das belegt die steigende Zahl der anerkannten Personen in den Unterkünften wie die hier bekannten Ablehnungen. Der Verfahrensstau hat sich inzwischen vom Bundesamt für Migration auf die Verwaltungsgerichte verlagert, da bei Ablehnungen in den meisten Fällen Klage erhoben wird. Aussagen, wie lange diese Verfahren dauern werden, sind nicht möglich, damit entfällt auch eine reelle Schätzung zur Dauer des weiteren Aufenthalts in Oelde.

3. Wohnsituation in den Unterkünften:

Die Aufgabe des Pavillons an der Overbergstraße, der mit dem Wegzug der Feuerwache erforderlich wurde, hat Umsetzungen erforderlich gemacht, die zwischenzeitlich für Unruhe gesorgt haben. Mittlerweile hat sich die Situation in den städtischen Unterkünften wieder relativ entspannt. Das ist nicht zuletzt den Betreuungskräften des DRK zu verdanken, die bei kleineren Streitigkeiten schlichtend eingreifen konnten.

Einige Familien haben nach und nach mit Hilfe von Ehrenamtlichen oder den beiden Flüchtlingsbetreuerinnen des Mütterzentrums eine Wohnung finden können. Eine Begleitung zu Besichtigungsterminen oder das Gespräch mit Vermietern sind dabei entscheidend. Alleinstehende

junge Männer haben es weiterhin sehr schwer, eine eigene Wohnung zu finden. In der Konsequenz wohnen in den städtischen Unterkünften insbesondere Am Landhagen 94 überwiegend Männer. Die Wohnhäuser am Westrickweg sind vergeben an anerkannte Familien oder Erwerbstätige.

Asylbewerbern, die eine Arbeit oder Ausbildung aufgenommen haben, wird nach Möglichkeit ein eigenes Zimmer oder ein größeres Zimmer mit einer weniger engen Belegung zugestanden.

Der Abbau der vorhandenen Unterbringungskapazitäten (z.Zt. 524 Plätze bei Vollaustattung) kann erst vorangetrieben werden, wenn die Häuser am Gröningsweg/Im Bulte sowie an der Meienbrockstraße fertiggestellt sind und Auszüge in aus den Unterkünften ermöglichen. Voraussetzung für einen Abbau von Kapazitäten ist darüber hinaus, dass Zuweisungen in größerem Umfang ausbleiben und für die Zukunft ausgeschlossen werden können.

4. Flüchtlingsbetreuung – Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe:

Die Betreuung durch Kräfte des DRK bis in den frühen Abend und an den Wochenenden in den größeren Unterkünften Am Landhagen und am Westrickweg sowie die regelmäßigen Besuche in den Ortsteilen haben in der Vergangenheit maßgeblich zum „Hausfrieden“ beigetragen. So sind die Betreuer regelmäßig Ansprechpartner bei Fragen zu Schriftstücken, sie schlichten bei Streitigkeiten unter den Bewohnern, leiten zur Sauberkeit an und vermitteln Regeln zum Leben in Deutschland. Sie leisten Unterstützung, wo die Hausmeister oder die beiden Flüchtlingsbetreuerinnen nicht unmittelbar präsent sein können. Solange die Groß-Unterkünfte Am Landhagen bestehen, sollte diese Betreuung daher fortgeführt werden.

Die Flüchtlingsbetreuerinnen des Mütterzentrums Beckum e.V., Frau Hesse und Frau Radner, werden von den Flüchtlingen als Ansprechpartnerinnen angenommen und geschätzt. Vor allem die Unterstützung beim schulischen oder beruflichen Weiterkommen, bei der Wohnungssuche wird stark in Anspruch genommen und zeigt gute Erfolge.

Erfolge zeigen auch die Vermittlungsanstrengungen auf dem Arbeitsmarkt. Da viele Asylbewerber länger als 15 Monate in Deutschland sind und die strengen Maßregelungen zur Arbeitsaufnahme entfallen, wird die Arbeitserlaubnis erteilt. Zusagen kommen zwar in erster Linie von Leiharbeits- und Zeitarbeitsfirmen, sind aber ein guter Einstieg für die Betroffenen.

Rat und Unterstützung erfahren auch die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe mit denen Frau Hesse und Frau Radner im ständigen Austausch stehen. Beide Seiten haben sich gut aufeinander eingestellt, wissen um die gegenseitigen Möglichkeiten und Grenzen in der Flüchtlingsbegleitung. Vor allem die Familien erhalten sehr viele Hilfen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Integration durch die ehrenamtlichen Paten.

Ein ausführlicher Tätigkeitsbericht des Mütterzentrums erfolgt in der Sitzung unter einem gesonderten Tagesordnungspunkt.

Mit Hilfe der durch das Kommunale Integrationszentrum Kreis Warendorf (KI) bewilligten KOMM-AN-NRW Fördermittel und der zusätzlich möglichen städtischen Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe stehen in 2017 ausreichende Mittel zur Verfügung, um Projekte wie das Integrations-Café und das Frauencafé in Oelde und Stromberg, die Sportgruppe, und die Räderwerkstatt zu unterstützen und den Ehrenamtlichen z.B. Fahrtkosten zu erstatten. Im Rahmen der Landesförderung Titel KOMM-AN-NRW hat die Stadt Oelde aktuell Nachbewilligung i.H.v. rund 4.000€ erhalten, mit der v.a. Fahrtkosten der Ehrenamtlichen gefördert werden sollen. Diese Gelder werden vorrangig vor den städtisch bereitgestellten Mitteln zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eingesetzt. Ob das Förderprogramm KOMM-AN-NRW im gleichen Umfang in 2018 fortgesetzt und die Stadt Oelde erneut über Fördergelder i.H.v. von rund 11.000€ verfügen kann, ist im Augenblick offen. Vor diesem

Hintergrund sollten im Etat ausreichend freiwillige Mittel eingestellt werden, um die ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe und Projekte weiter fördern zu können.

Die Kosten der Flüchtlingsbetreuung und Betreuung in den städtischen Unterkünften (DRK und eine Kraft Mütterzentrum) sind als sonstige Dienstleistungen erfasst unter 05.04.01.5291001.

Die Kosten für die zweite VZ-Stelle des Mütterzentrums ist wie bereits in 2017 unter 05.04.03 5291001 mit dem Schwerpunkt Integration veranschlagt worden, weil die Integrationsarbeit insbesondere die Einbindung in die Freizeitangebote vor Ort, Beratung in den Alltagsfragen bei anerkannten Flüchtlingen in den Unterkünften, sonstige Hilfestellungen im Alltag, Kontakte zu den Ehrenamtlichen sowohl in den Unterkünften wie bei Personen in eigenen Wohnungen nicht durch das Jobcenter geleistet werden kann.

Etatmittel für die Förderung von Integrationsprojekten sind eingestellt unter 05.04.01.5318010 mit 10.000€ und unter 05.04.03.5281001 anteilig 9.000€ im Gesamtansatz i.H.v. 22.800 €.

5. Etatansätze 2018 im Bereich Asyl (05.04.01)

Die Berechnung der Etatansätze 2018 gestaltet sich ähnlich schwierig wie in 2017. Zwar darf von relativ moderaten weiteren Neuzuweisungen von Flüchtlingen ausgegangen werden, aber der Stau der anhängigen Klagen vor den Verwaltungsgerichten sowie die nachfolgenden schwierigen Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern erschweren eine Planung des Etats. Dadurch existieren zwei Unwägbarkeiten, die Einfluss auf die Zahl der Asylbewerber haben, die von der Stadt Oelde mit Wohnraum und laufenden Leistungen inkl. Krankenhilfe versorgt werden müssen.

Weiter bestehen Unklarheiten zu den Landeszuweisungen (sogenannte FlüAG-Pauschale), über die der Bund und das Land sich an den Kosten der Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen beteiligen. Für die Berechnung kann daher nur der Wert aus 2017 = 866€ pro Monat für einen abrechnungsfähigen Flüchtling angenommen werden. Offen ist die Frage, welche Kosten auf Dauer für einen geduldeten (= ausreisepflichtigen) Flüchtling über die Landespauschale erstattet werden. Zurzeit endet die Kostenerstattung drei Monate nach einer durch die Ausländerbehörde ausgestellten Duldung. Für die Nachfolgezeit trägt somit die Kommune alle anfallenden Kosten aus ihrem Etat.

Frau Gröver berichtet, dass die Flüchtlingsaufnahmequote für Oelde derzeit erreicht ist. Es werden im Moment nicht mehr Personen zugewiesen. Anhand der Vorlage ist zu sehen, dass insgesamt 393 Personen zum Stichtag 15.10.2017 in Oelde aufgenommen sind. Davon sind im Leistungsbezug 260 Personen. Eine Anerkennung haben 133 Personen.

Die Aufteilung der Bewohner in den städt. Übergangsheimen nach den Ortsteilen sieht wie folgt aus:

Oelde-Kernstadt	233	
Stromberg	75	
Lette		22
Sünninghausen	26	

Zum Stichtag haben 95 Personen einen Aufenthaltstitel für ein Jahr (subsidiärer Schutz) oder die nächsten 3 Jahre (Anerkennung Asyl- oder Flüchtlingseigenschaft) erhalten. Es hat 107 Ablehnungen gegeben. Es muss damit gerechnet werden, dass viele in das Klageverfahren gehen, sodass die Asylbewerber noch längere Zeit hier in Oelde bleiben werden.

21 Personen sind geduldet; diese sind ausreisepflichtig und müssen Deutschland verlassen. Nutzen sie die Angebote zur freiwilligen Ausreise nicht, wird die Ausländerbehörde sie ausweisen. Angebote zur freiwilligen Ausreise werden bisher nur in geringem Umfang angenommen. Abgeschoben wurden wegen der hohen Hürden bislang aber nur wenige Personen. Personen aus den Balkanstaaten werden fast alle in ihr Heimatland zurückgeführt werden.

Auf Anfrage von Herrn Kobrink, wer die Kosten für das Klageverfahren übernimmt, teilt Frau Gröver mit, dass die Kosten über eine Prozesskostenhilfe abgerechnet werden können, wenn diese vom

Gericht bewilligt wird. Ansonsten müssen die Kläger die Kosten selbst tragen. In der Regel vereinbaren sie eine Ratenzahl mit ihren Rechtsanwälten. Die Raten für den Anwalt liegen bei rund 50 €/Monat nach einem ersten Abschlag i.H.v. 200,00 €.

Weiter teilt Frau Gröver mit, dass zum 15.10.2017 9 Personen untergetaucht sind. Wo sich diese Personen aufhalten, wisse man nicht. Sie sind vor der Ausreise verschwunden.

Wegen der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt in Oelde müssen anerkannte Asylbewerber – die sich eine Wohnung suchen könnten – noch in den Unterkünften Am Landhagen 88 und 94 untergebracht werden. Gerade nordafrikanische Männer haben es schwer, eine Wohnung zu finden. Viele von ihnen sind Am Landhagen 94 untergebracht.

Nach Möglichkeit versucht man, Familien, Auszubildende und Erwerbstätige aus 8er oder 10er Zimmern herauszuholen und in weniger stark belegten Räumen oder kleineren Wohnungen unterzubringen. Die Unterkünfte können dennoch nicht aufgegeben werden, da keine anderen Kapazitäten vorhanden sind. Erst wenn die Häuser am Gröningsweg und an der Meienbrockstraße fertiggestellt sind und weitere Zuweisungen ausbleiben, kann ein Abbau am Landhagen beginnen. Die Wohnhäuser am Westrickweg sind an anerkannte Familien oder Erwerbstätige vergeben.

Durch die Zuweisung im September und Oktober von 19 Flüchtlingen erfüllt die Stadt Oelde derzeit die Aufnahmequote von 90 Prozent.

Frau Gröver berichtet weiter, dass die aktuelle Pro-Kopf-Pauschale 866 Euro beträgt, die monatlich für alle Personen im laufenden Verfahren beantragt werden muss. Die Flüchtlingspauschale bei geduldeten Personen wird nur für drei Monate ab Ausstellungsdatum der Duldung gezahlt.

Zurzeit erfolgt eine Ist-Kosten-Erhebung um die Gesamtkosten der Kommunen im Zusammenhang mit der Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber zu ermitteln. Diese jetzt gezahlte FlüAG-Pauschale für Unterkunft und Verpflegung ist für 2018 nicht endgültig. Es wird davon ausgegangen, dass die Pro-Kopf-Pauschale um ca. 200 € höher ausfallen kann.

Weiter berichtet Frau Gröver, dass die Betreuung durch Kräfte des DRK bis in den frühen Abend und an den Wochenenden in den größeren Unterkünften Am Landhagen und am Westrickweg erfolgt. Maßgeblich sind regelmäßige Besuche auch in den Ortsteilen notwendig, um den Hausfrieden sicherzustellen. Die Betreuung ist neben der Unterstützung der Hausmeister notwendig.

Die Flüchtlingsbetreuerinnen des Mütterzentrums Beckum e.V. Frau Hesse und Frau Radner werden als Ansprechpartnerinnen von den Asylbewerbern angenommen und geschätzt. Vor allem ist die Unterstützung beim schulischen oder beruflichen Weiterkommen, psychischen Problemen sowie bei der Wohnungssuche sehr wichtig.

Einen Bericht gibt Frau Radner unter dem TOP 4 im Anschluss an den vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

Etatansätze 2018 im Bereich Asyl (05.04.01)

Folgende Annahmen liegen der Etatplanung 2018 zugrunde:
(gelistet sind nur die wesentlichen Ansätze)

Produktstelle	Bezeichnung	Berechnung	Ansatz 2018
05.04.01 4141001	Ertrag aus Landeszuweisung FlüAG	160 Personen x 866€ x12 Monate	1.670.000€
05.04.01 4321001	Benutzungsgebühren – nur erhoben bei SGB II Leistungen oder Einkommen	140 Personen x 130€/Platz x 12 Monate	220.000€
05.04.01 5291001	u.a. Dienstleistung DRK + 1. Stelle Mütter-Zentrum		230.000€ Tlw. refinanziert über 3,83% Anteil aus der FlüAG-Pauschale

05.04.01 5318001	Zuweisungen; Zuschüsse an übrige Bereiche	Ansatz vorgesehen für Integrationsprojekte	10.000€
05.04.01 5331001	Laufende Leistungen Asyl (Regelleistungen inkl. Krankenhilfe)	200 Personen x 8.000€/Jahr (ohne Kosten der Unterkunft)	1.600.000€
05.04.01 9999	Ausstattung der neuen Unterkünfte Im Bulte/Gröningsweg, Meienbrockstraße Ersatzanschaffungen,		108.000€

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4. Flüchtlingsbetreuung - Tätigkeitsbericht 2017 des Mütterzentrums Beckum e.V. Vorlage: M 2017/500/3875

Mit dem Mütterzentrum Beckum e.V. wurde im Kooperationsvertrag ein jährlicher Tätigkeitsbericht über die durchgeführten Beratungen, Begleitungen vereinbart.

Frau Radner stellt in Ihrem Bericht Ihre Tätigkeiten sowie die von Ihrer Kollegin, Frau Hesse, dem Ausschuss vor. Die PP-Präsentation und die Textversion des Berichtes sind dem Protokoll beigefügt.

Der Auftrag von Frau Radner und Frau Hesse lautet: „**Betreuungsleistungen und Hilfestellungen für Asylbewerber bei der Integration in den Alltag**“. Der Träger ist das Mütterzentrum Beckum e.V.

Frau Radner sowie Frau Hesse haben jeweils einen Arbeitsvertrag mit 39 Wochenstunden.

Die Sozialpädagogische Flüchtlingsbetreuung für die Stadt Oelde gestaltet sich sehr offen. Die Integration und Sprache sind die obersten und wichtigsten Grundlagen.

Die Sprechzeiten im Rathaus sind

Dienstag 9-12 Uhr und 14-15 Uhr

Donnerstag 9-12 Uhr und 14-16.00 Uhr

Beim Integration Point – ein Angebot des Arbeitsamtes - sind donnerstags alle 14 Tage von 9 – 12 Uhr und 14 – 16.00 Uhr Sprechzeiten nach Terminvergabe.

Nach Bedarf und Absprache können auch zusätzliche Termine abgesprochen werden. In Krisensituationen kann ebenfalls von den festgelegten Sprechstunden abgewichen werden.

Die größeren Unterkünfte werden je nach Bedarf besucht. Der Kontakt mit dem DRK-Betreuungsteam und den Ehrenamtlichen ist sehr gut.

Es müssen ca. 350 Personen betreut werden.

Im aktiven Verfahren sind 233 Asylbewerber, 185 Erwachsene, hinzu kommen noch 119 Personen, die im Jobcenter sind.

185 Personen sind im erwerbsfähigen Alter, 48 Kinder unter 18 Jahre, dazu 43 Kinder unter 15 Jahre. Davon sind 45 erwerbstätig. Die vermittelten Personen können häufig zunächst als Sprungbrett in Leiharbeitsfirmen arbeiten. Nicht selten können diese Personen anschließend eine Tätigkeit finden.

Im Kunden-Jobcenter sind insgesamt 119 Personen, davon 98 Erwachsene und 21 Kinder. 11 Kunden aus dem Jobcenter haben eine Arbeitsstelle erhalten.

Zu den Fallzahlen: Insgesamt sind 352 Personen im Jobcenter
 69 Personen sind davon in Maßnahmen, 62 Personen sind z.Zt. nicht vermittelbar (z.B. psychische Probleme), 32 Kinder (Schule), 6 Personen Berufskolleg, 17 Personen (Sprachkurse), etc..
 In der Beratung sind 43 Frauen, im Kindergarten sind 31 Kinder.
 Herr Bovekamp bedankt sich bei Frau Radner für diesen ausführlichen und offenen Vortrag. Er stellt die Frage an Frau Radner, wie sie die Menschen einschätzt, die nach Deutschland kommen. Sind die Erwartungen zu hoch oder sind sie realistisch, möchten sie in ihr Land zurückkehren oder hier bleiben.
 Frau Radner teilt mit, dass es einen genügsamen zufriedenen Anteil unter den Flüchtlingen gibt, aber auch einen fordernden Teil, manchmal auch unverschämt. Der größere Anteil ist aber eher genügsam.
 Wie sich die Situation in einigen Jahren darstellt, kann man jetzt noch nicht sagen. Vielleicht haben einige Flüchtlinge eine neue Heimat hier bei uns gefunden und sich integriert.
 Auch Herr Schmid bedankt sich bei Frau Radner für den offen formulierten und informativen Vortrag.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 5. Sachbericht zur Familienförderung 05.01.05 – Förderung der Seniorenarbeit – Ehrenamtsförderung allgemein- 05.03.02
 Vorlage: M 2017/500/3877**

Familienunterstützung Produktstelle 05.01.05 5318013

Frau Gröver berichtet, dass im Rahmen der „Familienförderung“ nur noch wenige Förderanfragen vorliegen, seitdem über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Klassenfahrten, Schulbücher und vor allem das Mittagessen im Ganztage an den Schulen bezuschusst werden.
 Nutznießer der kommunalen Förderung sind Familien mit behinderten Kindern oder besondere Einzelfällen, die nicht über das Bildungspaket gefördert werden können
 Abgerufen in 2017 wurden bisher rd. 550€ von insgesamt 2.500€.

Seniorenarbeit - Ehrenamtsförderung 05.03.02 diverse Produktstellen

Frau Gröver berichtet, dass mit dem Generationswechsel in etlichen Untergruppen des SeniorenForumsOelde Gruppen neuer Schwung eingekehrt ist. Alle Gruppen – vom Spieletreff, Internet-Café, Sonntags-Café, Handwerkerdienst, Hand in Hand – haben weiterhin regen Zulauf. Den bisher aus Spenden finanzierten Bustransfer vom Oelder Süden zum Drostenhof im Oelder Norden nutzen nicht anderweitig motorisierte Interessenten/innen, um am Spielenachmittag teilzunehmen. Der gute Besuch der Angebote des SeniorenForumsOelde zeigt den Bedarf an regelmäßigen Teilhabemöglichkeiten und spricht für die Seniorinnen und Senioren, die sich hier regelmäßig ehrenamtlich einbringen. Aktuell wird für den Bunten Nachmittag am 28.11.2018 im Bürgerhaus intensiv geprobt. Hierzu herzliche Einladung.

Besonders die Vermittlung von hauswirtschaftlichen Diensten, Ansprechpartnerin ist Frau Anne Quante, wird sehr stark in Anspruch genommen. Die große Nachfrage nach kurzfristigen Hilfen im Haushalt/Garten kann jedoch nicht immer gedeckt werden. Hilfen im häuslichen Bereich werden grundsätzlich gegen Entgelt (450€-Basis) vermittelt, auf ehrenamtlicher Basis bietet die Gruppe „Hand in Hand“ Begleitung im Alltag an. Auch diese niedrigschwelligen Hilfen sind stark nachgefragt.

Da sich trotz intensiver Suche keine Nachfolger in der Ehrenamtszentrale gefunden haben, für die Leistungen der Ehrenamtsbörse bzw. für die Vermittlungsmöglichkeiten im Ehrenamt ein hoher Bedarf besteht, wurde 2016 mit dem Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) ein Kooperationsvertrag über 10 Wochenstunden für die Laufzeit von zwei Jahren geschlossen. Die Stelle wird noch bis Mitte 2018 aus Diözesanmitteln gefördert, wodurch für die Stadt Oelde bisher nur ein Anteil von 3.500€/Jahr aufzubringen war.

Im Rahmen dieser Kooperation wurde der Internet-Auftritt überarbeitet, interessierte Ehrenamtliche angeschrieben, nachfragende Stellen z.B. Kindergärten, Schulen oder Altenheime besucht, die Broschüre zur Ehrenamtszentrale neu aufgelegt und die Ehrenamtskarte neu beworben. Dies alles sind Aufgaben, die in der Verwaltung mit dem vorhandenen Personalstamm nicht geleistet werden können, aber, um das Ehrenamt in Oelde weiterhin in Schwung zu halten, aus Sicht der Verwaltung als notwendig angesehen werden.

Frau Gröver teilt weiter mit, dass der Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) im Caritasverband an einer weiteren Kooperation interessiert ist, weil sich für seine Arbeit ebenfalls Synergieeffekte ergeben und hat ein Angebot für die Fortsetzung der Kooperation mit 10 Wochenstunden unterbreitet. Wenn ab dem 01.07.2018 die Kooperation ohne Fördermittel der Kirche fortgesetzt werden soll, müssen dafür inkl. aller Nebenkosten rund 30.600€/Jahr eingeplant werden.

Aus Sicht der Verwaltung sollte das Angebot zur Absicherung und Begleitung des Ehrenamtes in Oelde angenommen werden, anderenfalls sind dafür Zeitkontingente im Rathaus vorzuhalten. Die geänderte Einstellung zum Ehrenamt weg von einer langfristigen Bindung z.B. an einen Verein oder an eine Kirche hin zu einem befristeten Engagement z. B. für ein Projekt, machen eine hauptamtliche Begleitung unerlässlich für die Einwerbung von Ehrenamtlichen, deren Unterstützung und Betreuung im Ehrenamt oder die angemessene Wertschätzung im Ehrenamt.

Das gewünschte (und notwendige) Engagement u.a. in der künftigen Quartiersarbeit unterstreicht die Notwendigkeit einer qualifizierten Begleitung im Ehrenamt und Fortführung der Ehrenamtszentrale als „Vermittlungs- und Austauschbörse im Ehrenamt“.

Der Gesamtansatz unter 05.03.02 Seniorenarbeit - Förderung des Ehrenamtes - wurde u.a. angepasst wegen höherer Kosten für Telekommunikation (+ 400€- Anschlüsse Bahnhofstraße und Drostenhof) und des höheren Aufwandes bei einer Fortsetzung der Kooperation mit SKF ab 01.08.2018 (+15.300€). Mit dem Ansatz können alle bisherigen Angebote in der Seniorenarbeit wie Danke-Schön-Veranstaltung und Bunter Nachmittag aufrecht erhalten bleiben.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 6. Etatansätze 2018: Freiwillige Leistungen im Fachdienst Soziales, Familien und Senioren; Produkte 05.01.05 (Familienunterstützung) - 05.03.02 (Seniorenarbeit, Ehrenamtsförderung) - 05.04.01 (Asyl) - 05.04.03 (Integration, Zuschüsse an private Unternehmen) -
Vorlage: B 2017/500/3876**

Frau Gröver berichtet, dass zur besseren Übersicht in der nachfolgenden Aufstellung alle freiwilligen Leistungen im Produktbereich 05 – Soziale Leistungen aufgeführt sind. Ermittelt wurde der jeweils durch Verträge und bestehende Jahresplanungen sog. fixe Anteil innerhalb der freiwilligen Leistungen. Der noch nicht fest verplante Anteil dient als Reserve, um im Laufe des Jahres z.B. in der Integrationsarbeit und der

Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe flexibel reagieren zu können, wenn keine Fördermittel des Landes oder von anderer Stelle zur Verfügung stehen.

Produkt/ Bezeichnung	Ansatz 2018	gebundener Anteil	Anmerkung	variabler Anteil
05.01.05.5318013 Familienunterstützung	2.500 €	0 €		2.500€
05.03.02 – Seniorenarbeit/ Förderung des Ehrenamtes – diverse Planungsstellen	38.800€	29.350 €	Ehrenamtszentrale: Kooperation mit SKF bis 06/18: 1.750 € Kooperation mit SKF ab 07/18: 15.300 € (Wegfall Förderung) Kooperation mit SKF Folgejahre: 30.600 € Versicherungen: 2.700€ Telefon: 1.100€ Veranstaltung Senioren u. Ehrenamt: 3.500€ Auslagen im Ehrenamt: 5.000€	9.450 €
05.04.01.5291001 Asyl / Aufwendungen für Dienstleistungen	230.000€	230.000 €	Kosten der Betreuung an den Großunterkünften durch DRK (163.000€) + 1 VZ Stelle Flüchtlingsbetreuung Mütterzentrum (61.000€) zzgl. Reserve Tariferhöhung, sonst. Dienstleistungen im Rahmen von Unterhaltung der ÜHeime	0 €
05.04.01.5318001 Asyl / Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche	10.000 €	0 €	Aus dem Ansatz können Projekte im Rahmen der Integrationsarbeit gefördert werden	10.000€
05.04.03.5281001 Sachleistungen für Sprachförderung, Integration, Ehrenamt Flüchtlingshilfe	22.800 €	16.500 €	Zusätzliche Förderung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe: 9.000€; Sprachförderung für Asylbewerber mit 7.500€; sonstige Integrationsarbeit	6.300 €
05.04.03.5291001	77.000 €	75.000 €	u.a. 1 VZ Stelle	2.000 €

Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung / Integration			Kooperationsvertrag mit Mütterzentrum (75.000€); Hinweis: 0,5 Stelle Koordination Integration (33.000€) sind überplanmäßig in 2017 bereitgestellt und dadurch hier nicht mehr erfasst.	
05.04.03.5371001 Förderung von Trägern mit sozialer Zielsetzung / Aufwendungen für Zuschüsse an private Unternehmen	32.500 €	32.500€	Durch Ratsbeschluss bzw. vertraglich gebunden: Radstation Pro Arbeit e.V.: 25.000 € Oelder Tisch e.V.: 5.500 € Ennigerloher Tafel: 2.000 €	0 €
Gesamtsumme:	413.600€	383.350 €		30.250 €

Herr Schmid berichtet, dass zu dem Produkt 05.01.02, hier: Ehrenamtszentrale, eine neue Variante seitens der Verwaltung vorgeschlagen wird. Durch die Kooperation mit der SKF ergibt sich durch den Wegfall der Förderung ab 07/18 ein Zuschuss der Stadt Oelde in Höhe von 15.300 €. Die Förderung ab 01/2019 beträgt für die Folgejahre nach ersten Berechnungen 30.600 € jährlich.

Lt. Herrn Schmid werden durch Rückkehr verschiedener Personen in die Verwaltung Zeitressourcen frei, die diese ¼ Stelle übernehmen könnten. Die Kosten für diese Stelle belaufen sich lt. Berechnung auf ca. 12.000 € anstatt 30.600 € an den freien Träger. Zu überlegen ist, ob für das Jahr 2018 der Ansatz von 15.300 € für den SKF bleiben soll, ab dem Jahr 2019 eine ¼ Stelle im Haushalt für den Bereich „Ehrenamtszentrale“ eingestellt werden soll.

Herr Bovekamp weist daraufhin, dass die Mitarbeiterin des SKF durch ihre Ausbildung für die Begleitung/Betreuung der Ehrenamtszentrale qualifiziert ist. Man habe durch die Aufgabenerfüllung an einen freien Träger große Planungssicherheit gehabt.

Inwieweit gibt es eine qualifizierte Person in der Verwaltung? Auch Frau Brommann weist daraufhin, dass Frau Deitert aufgrund Ihrer Ausbildung und Tätigkeit sehr erfolgreich für die Stadt Oelde gearbeitet hat.

Es ergeben sich einige Diskussionen für die weitere Verfahrensweise im Umgang mit einer evtl. Besetzung einer Person aus der Verwaltung. Im Hinblick auf die Kosten würden der Stadt geringere Personalkosten entstehen.

Der Sozialausschuss befürwortet zunächst einstimmig die eingehende Beratung in den Fraktionen. Der Beschluss soll mit Sperrvermerk erfolgen.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, sich zunächst in den Fraktionen mit den Etatvorschlägen zu den freiwilligen Leistungen im Produktbereich 05 zu befassen. Mögliche Änderungsvorschläge wie ein Sperrvermerk sollen über die Änderungsliste in die nachfolgenden Etatberatungen eingebracht werden.

7. Verschiedenes

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Frau Gröver berichtet, dass ein Institut eine Analyse über den Bestand sowie Stadtentwicklungsplan im Oelder Süden vornehmen wird. Die Kosten für die Analyse betragen 30.000 €. Ein Antrag für eine Landesförderung i.H.v. max. 10.000€ sei zwar gestellt, aber noch nicht entschieden.
In dieser Sozialraumanalyse werden Antworten auf Fragen wie Barrierefreiheit, Mobilität, medizinische und gesellschaftliche Nahversorgung im Oelder Süden gesucht. Es sollen Bedarfe und Ideen ermittelt werden, um u.a. das ehemalige Gelände der Feuer- und Rettungswache, aber auch an anderer Stelle im Oelder Süden zu entwickeln. Die Befragung unter den Oelderinnen und Oeldern, Vereinen, Kirchen etc. erfolgt im Rahmen von öffentlichen Workshops und über schriftliche wie mündliche Interviews.
- Frau Gröver weist auf den bunten Nachmittag „Senioren machen Programm für Senioren“ am 28. November der im Bürgerhaus hin. Herzliche Einladung auch an die Mitglieder des Sozialausschusses.
- Die Adventsbesuche der Mitglieder des Sozialausschusses stehen auch wieder an. Frau Rampelmann hat die verschiedenen Heime angeschrieben bzw. angerufen; nachfolgende Termine wurden zurückgemeldet:

Franziskushaus	02.12.2017	(Herr Post, Frau Geiger)
„Am Eichendorfpark“	17.12.2017	(Frau Krause)
Ambrosiushaus	06.12.2017	(Herr Post)
Ambulante Wohngemeinschaft Lette	21.12.2017	(Herr Berkenkötter)
Von-Galen-Heim	18.12.2017	(Frau Geiger und Herr Hagemeier)
Ambulant Betreute Wohngemeinschaft St. Vitus, Sünninghausen		(Herr Pötter)

Zu jeder Einrichtung wird ein Weihnachtsstern oder eine Orchidee mitgenommen.
Herzlichen Dank an die Personen, die diesen Dienst übernehmen. Es ist für die Bewohner jedes Mal eine große Freude, wenn sie Besuch von Verantwortlichen aus der Politik erhalten.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

- Herr Sonneborn teilt mit, dass in den letzten Wochen Stromzähler unterwegs sind, um den Verbrauch der Energien wie Strom und Gas festzustellen. Aus verschiedenen Informationsquellen sei ihm bekannt, dass manch älterer Mensch sich in einem desolaten Zustand bzw. schwierigen Situation lebe: Er würde die Weiterleitung dieser Lebensumstände an

das Sozialamt begrüßen.

Frau Gröver erläutert, dass in Fällen, die dem Fachdienst Soziales bekannt werden, Herr Pass vom Kreis Warendorf – sozialpsychiatrischer Dienst – eingeschaltet wird. Herr Pass und sein Team statten in der Regel dann einen Hausbesuch ab.

Außerdem weist Frau Gröver darauf hin, dass solche Fälle auch durch Personen unseres SeniorenForums, hier: insbesondere die Gruppe „Hand in Hand“ weitergeleitet werden.

Frau Brommann gibt den Hinweis, dass nicht nur ältere Menschen in schwierigen Situationen leben. Hier solle man die Augen offen halten, damit den Personen geholfen wird.

Die Notwendigkeit einer Weiterleitung von Missständen über die Stromableser wird vom Sozialausschuss nicht gesehen.

- Auf Anfrage von Herrn Westerwalbesloh, teilt Frau Radner mit, dass die Vermittlungserfolge im Asylbereich im Wesentlichen auf die längerfristige enge Verknüpfung der Sozialarbeiter mit den Flüchtlingen zurückzuführen sind..

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Hiltrud Krause
Vorsitzende

Hannelore Rampelmann
Schriftführerin